Oldletter: SPD-Geschichten aus Papenburg

SPD

03.04.2015 Nr. 77

Inhalt:

Sperrung der Bokeler Straße zum 1. Mai S. 01
Besuch des Prüfgeländes S. 01
Schulausschusssitzung gefordert S. 02
Verstoß gegen Gebietsänderungsvertrag in Bokel S. 02
Fragen bei Planungen zum Ausbau Deverpark S. 02
Schildbürgerstreich Dechant-Schütte-Straße S. 03
Vorbereitung des SPD-Kreisparteitages S. 03
SPD und GRÜNE unter Druck von Bunte S. 04
Millionen-Projekt Am Turmkanal kostet Nerven S. 05
Druck auf Ratsmitglieder S. 06
SPD-Delegation besucht BUKO bei der VHS S. 08

April 2005

Sperrung der Bokeler Straße zum 1. Mai

Um die Auswirkungen der Maigänge von Jugendlichen zur Bülte in Grenzen zu halten schlugen die SPD-Ratsmitglieder vor, zur Prävention am Vorabend zum 1. Mai die Bokeler Straße zu sperren.

Sie waren sich darüber einig, dass eine solche Traditionsveranstaltung sich nicht verbieten ließe. Ein Verbot würde nur zu einer Verlagerung des Ortes führen. Man müsste jedoch dafür sorgen, dass wie im vergangenen Jahr ein Rahmen geschaffen würde, der Auswüchse begrenzte. Ratsherr Hans-Werner Gouterney berichtete, dass im vergangenen Jahr aus polizeilicher Sicht die Veranstaltung zum 1. Mai an der Bülte kein größeres Problem bereitete. Die Veranstaltung war gekennzeichnet durch die Masse von Menschen als ein geordnetes Chaos. Es tauchte eher ein Verkehrsproblem auf. Durch wild parkende Autos und Jugendliche, die sich verkehrswidrig auf der Bokeler Straße bewegten, kam es zu gefährlichen Situationen. Es müsste überlegt werden, die Bokeler Straße an der Bülte zu sperren.

Wirksam war eine verstärkte Präsens der Polizei. Zur Gefahrenabwehr auch bei anderen Veranstaltungen hätten sich gemeinsame Kontrolle von Polizei und Ordnungsamt bewährt, so Fraktionschef Hartmut Bugiel. Die Fraktion von SPD und GRÜNEN schlug deshalb vor, solche gemeinsamen Kontrollen auch während des Jahres auf das Stadtgebiet auszudehnen, zum Beispiel bei der Kontrolle des Stadtparks oder des Volksparks.

Besuch des Prüfgeländes

Klaus Steege, Wolf-Dieter Hilgert, Vorsitzender der ATP-Geschäftsführung, Roland Seemann, Klaus Vosteen, ATP-Geschäftsführer, SPD-Fraktionsvorsitzender Hartmut Bugiel, Bernhard Bloem, SPD-Ratsherr Hans-Werner Gouterney, SPD-Ratsherr Wilhelm Kröger und SPD-Ratsherr Peter Raske (von links nach rechts)

Wolf-Dieter Hilgert, Vorsitzender der Geschäftsführung von ATP, und Klaus Vosteen, Geschäftsführer Engineering, informierten die Fraktion und den Vorstand der Papenburger SPD über die Entwicklung der ATP GmbH in Papenburg. Das Prüfgelände war eines der weltweit größten herstellerunabhängigen Automobil-Prüfgelände für Personen- und Nutzfahrzeuge. Modernste und teilweise einzigartige Teststrecken, komplett ausgestattete Werkstätten sowie dazugehörige Prüfeinrichtungen und eine kompetente Engineering-Mannschaft standen allen nationalen und internationalen Automobil-herstellern und deren Zulieferern für die Durchführung von Testaktivitäten zur Verfügung.

Seit dem 1. Juli 2000 war die Wilhelm Karmann GmbH, Osnabrück, mit 60 % der Anteile Hauptgesellschafter der ATP GmbH. Die restlichen 40 % hielt die MB-technology GmbH, Sindelfingen. Um der ständig steigenden Nachfrage gerecht zu werden, wurden seither bereits ein neues Werkstattgebäude und ein neues Prüfstandsgebäude in Betrieb genommen. Somit standen für Personenkraftwagen 10 Doppel- und 8 Einzelwerkstätten sowie zwei Sommerwerkstätten zur Verfügung, darüber hinaus auch noch eine LKW-Werkstatt. Mit den seit Mitte 2003 durchgeführten Streckenerweiterungsmaßnahmen, die 2004 fortgesetzt wurden, reagierte man besonders auf regelmäßig abgefragte Kundenbedürfnisse. Das Geschäft mit den so genannten Drittkunden, die nicht zum Kreis der Gesellschafterfirmen gehörten, erreichte 2004 bereits einen Anteil von ca. 42 % am Gesamtumsatz, mit seit Jahren stetig steigender Tendenz. Sollte dieser Trend stabil bleiben, würde man 2005 und in den kommenden Jahren weitere Ergänzungsmaßnahmen bzw. Baumaßnahmen im Bereich der Teststrecke und der Gebäudeinfrastruktur anstreben, z. B. der Bau einer Pkw-Waage, eines Steigungshügels mit unterschiedlichen Anstiegen etc. sowie Gebäudeerweiterungen.

Den vom Fraktionsvorsitzenden Hartmut Bugiel geäußerten Wunsch nach einem „Tag der offenen Tür“ könnte aus Gründen der fehlenden Infrastruktur und Logistik leider nicht ent-

sprochen werden. Für die interessierte Bevölkerung und auswärtige Besucher gab es als Alternative zum einem den Zeitspeicher in Papenburg als Informationsmöglichkeit. Zum anderen hatte man mit dem Fahrsicherheitstraining für kleinere Gruppen ein weiteres interessantes Angebot, um das Prüfgelände hautnah kennen zu lernen. „Wir bieten Berufs- und Privatfahrern aller Fahrzeugarten auf ihre Bedürfnisse abgestimmte Sicherheitstrainings an. Ob Pkw, Lkw, Bus, Wohnwagen, Geländewagen oder Sonderfahrzeug. Wir trainieren Sie auf Ihrem Fahrzeug und Sie gewinnen an Sicherheit für schwierige Fahrsituationen;“ ergänzte Klaus Vosteen.

Bei einer abschließenden Rundfahrt über das Prüfgelände konnten die SPD-Politiker auch einen Eindruck von den neuen Teststreckenabschnitten gewinnen.

Schulausschusssitzung gefordert

Wegen der aktuellen Diskussion um die Schulpolitik forderte die Fraktion eine sofortige Einberufung des Schulausschusses. Für die SPD war es unverständlich, dass die nächste Schulausschusssitzung erst für den Juni geplant war.

„Eine inhaltliche Behandlung und Begleitung der Themen ´Eigenverantwortliche Schule´, Ganztagsbetreuung, Auswirkungen der Abschaffung der Orientierungsstufe für Papenburgs Schullandschaft und Unterrichtsversorgung im hierfür zuständigen Fachausschuss ist längst überfällig;“ so Fraktionsvorsitzender Hartmut Bugiel. Die Befürchtungen, dass die Unterrichtsversorgung in Niedersachsen weiter gesunken wäre, bestätigten sich. Busemanns Rechentricks könnten nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Kinder in Niedersachsen weniger Unterricht erhielten als noch vor zwei Jahren, erläuterte Ratsherr Gottfried Sandmann. Die Schüler, deren Unterricht in vielen Fächern wegen Lehrermangel monatelang ausfielen, müssten sich von Herrn Busemann mit seiner neuen Rechenmethode verschaukelt fühlen.

Die Verwaltung wurde aufgefordert, auf dringende Frage zur Schulsituation in Papenburg Antworten zu geben. So wollte die Fraktion wissen, welche Auswirkungen auf Schulstandorte der Wegfall der Orientierungsstufe hätte und wie sich die Neugründung der Gymnasien in Dörpen und Ostfriesland auswirkten? Wie war die Unterrichtsversorgung an den Papenburger Schulen? Welche Ganztagsbetreuungsangebote waren für das Schuljahr 2005/2006 geplant? Wie standen die Papenburger Schulen zum Modellversuch „Eigenverantwortliche Schule“? Welche baulichen Maßnahmen waren an den Schulen notwendig und geplant?

Fraktionsvorsitzender Hartmut Bugiel sah besonders den Ausschussvorsitzenden Bernd Tegeder in der Pflicht: „Gerade als Schulleiter weiss er doch um die besondere Situation der anstehenden Veränderungen im städtischen Bereich und hält gleichwohl eine Sitzung offensichtlich nicht für nötig“.

Verstoß gegen Gebietsänderungsvertrag in Alt-Bokel

Die SPD-Fraktion forderte sie die Ausweisung der von ihr vorgeschlagenen Flächen von 5 ha nördlich des Kapellenweges als Baugebiet für Alt-Bokel und lehnte das von der Stadt geplante kleine Baugebiet in Alt-Bokel ab. SPD-Ratsherr Anton Schippmann wies daraufhin, dass mit der Ausweisung dieses Baugebietes gegen den Grenzänderungsvertrag von 1971 verstoßen werde.

Bei der Eingemeindung von Bokel war die Stadt Papenburg die Verpflichtung eingegangen, für eine Entwicklung in Bokel zu sorgen. Aber Alt-Bokel konnte sich in der Vergangenheit nicht weiter entwickeln. Der Ortsteil Alt-Bokel sollte, so die Forderung der SPD, aber als dörfliche Lebensgemeinschaft erhalten bleiben. Jetzt würde mit der Ausweisung eines viel zu kleinen Baugebietes an der falschen Stelle auch noch der Sportplatz zerstört. Für diesen Sportplatz wurde im Grenzänderungsvertrag von 1971 festgelegt: „Der bei der Schule benutzte Bolz- und Spielplatz ist angemessen zu unterhalten. Hierfür ist ein jährlicher Betrag von 500,00 DM bereitzustellen. Ein Ausbau zu einer kleinen Sportanlage für den Volkssport, der hier stark betrieben wird, ist großzügig zu fördern.“ Durch die Ausweisung des Baugebietes wurde dieser Sportplatz gefährdet. Anton Schippmann wies darauf hin, dass noch im vergangenen Jahr hier ein Beach-Volleyball-Platz von der Jugendabteilung des Schießvereins in Eigenleistung erstellt wurde.

Die Fraktion forderte die Stadt auf, die Ausweisung des Baugebietes an dieser Stelle zurückzunehmen und den Grenzänderungsvertrag einzuhalten.

Offene Fragen bei den Planungen zum Ausbau des Deverparks

In einem ersten von drei geplanten Gesprächen ließen sich SPD-Fraktion und Mitglieder des SPD-Ortsvereins durch Rudi Evers und Jörg Evers über den geplanten Ausbau des Deverparks informieren. Rudi Evers erläuterte, dass er mit der Firma Kaufland einen Vertrag abgeschlossen hatte. Bereits ab Oktober könnte die Firma Kaufland in den Räumen des COMA-Marktes und des RUMA-Marktes ihr Geschäft eröffnen. Statt ein drittes Einkaufszentrum mit über 4.000 qm Verkaufsfläche neu zu schaffen, würden lediglich die Verkaufsflächen im Deverpark um 600 qm erweitert.

Bereits im August 2004 hatte die Familie Evers Kontakt mit der Firma Kaufland aufgenommen. Im Dezember 2004 wurde die Stadtverwaltung schriftlich wegen des ehemaligen Brüggmann-Parkplatzes angefragt und m Januar 2005 wurde eine schriftliche Bauvoranfrage bei der Stadt zur Nutzung des Parkplatzes gestellt. Beide Male gab es durch die Stadt keine Ablehnung sondern nur eine hinhaltende Antwort. Wilhelm Kröger kritisierte, dass weder der Grundstücksausschuss noch der Bauausschuss von diesen Anfragen Kenntnis erhalten hatten: „Warum wurden die zuständigen Ausschüsse nicht beteiligt?“

Am 1. April informierten die Geschäftsleute Evers den Bürgermeister, Gunnar Junclaus und Dirk Landeck über ihr Vorhaben. Auch bei diesem Gespräch erhielten sie keine Information, dass ein Verkauf nicht möglich wäre.

Wie Rudi Evers versicherte, war es Wunsch von Kaufland und Voraussetzung für den Vertrag, die Parkplatzfläche am Deverpark um 300 Parkplätze zu erweitern. Er war auch bereit, mit 450.000 Euro die ehemalige Brüggmann-Fläche herzurichten selbst wenn er die Fläche nur langfristig pachten könnte. Er stellte den Parkplatz außerdem der Öffentlichkeit zur Verfügung.

Warum behauptet wurde, die Parkplatzfläche gehörte zum Plangebiet Turmkanal, konnte die Fraktion nicht verstehen, da sie nicht Bestandteil der Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadt und der Firma Bunte waren. Die Verwaltung sollte Auskunft geben, ob es noch weitere Vereinbarungen zwischen der Firma Bunte und der Stadt gab, die den Ratsmitgliedern nicht bekannt waren und die CDU musste sich fragen lassen, wessen Interessen sie mit einer eventuellen Ablehnung der Nutzung des Brüggmann-Parkplatzes durch Evers vertrat.

Schildbürgerstreich Dechant-Schütte-Straße

Auf der Vorstandssitzung wies Klaus Stege auf die neuen Vorfahrtsregeln in der Dechant-Schütte-Straße hin. Diese wurde nach den Straßenbauarbeiten als vorfahrtsberechtigte Straße ausgewiesen. Damit entstand ein sehr großes Gefahrenpotenzial.

Mit der Ausweisung der Dechant-Schütte-Straße als Vorfahrtsstraße ergab sich trotz der Tempo-30-Regelung ein starkes Unfallrisiko, weil die Autofahrer sich nicht an Tempo 30 hielten, mit höherer Geschwindigkeit die Straße befuhren und die Kreuzungen überquerten. Die Kreuzungen war so beschaffen, dass eine Einsicht in die Dechant-Schütte-Straße teilweise nicht möglich war, und es bei zu schnellem Fahren zu einem Verkehrsunfall kommen musste. Dies galt besonders für die Einmündung der Richardstraße, wo die Schilder hinter Bäumen nicht beachtet werden konnten, so Klaus Stege.

Auf Unverständnis stieß, dass man die Dechant-Schütte-Straße nicht mit einer „Rechts-vor-links-Regelung“ ausstattete. Damit würde man nicht nur Verkehrsschilder sparen sondern auch den Verkehr automatisch verlangsamen und beruhigen. Die Stadt müsste sparen, könnte sich aber leisten, neue Verkehrsschilder an Stellen auf zu bauen, wo es nicht notwendig war.

Für den SPD-Vorstand war dies ein richtiger Schildbürgerstreich. Sie beauftragte die Fraktion, bei der Stadtverwaltung tätig zu werden, um diesen Schildbürgerstreich zu beenden.

Vorbereitung des SPD-Kreisparteitages

Auf ihrer Mitgliederversammlung bereitete die Papenburger SPD den Kreisparteitag am 09.07.05 in Sögel vor. Neben Delegiertenwahlen für den Kreisparteitag standen Anträge auf dem Programm.

Auch ein Antrag zur Körperschaftssteuer wurde diskutiert. Der SPD-Ortsverein vertrat die Auffassung, dass nur durch eine massive Stärkung der kommunalen Investitionskraft Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden könnten. Eine weitere Senkung der Unternehmenssteuern führte dagegen lediglich dazu, entweder die Gewinne in die Höhe zu treiben bei gleichzeitigem Arbeitsplatzabbau bzw. gleich-zeitiger Arbeitsplatzverlagerung ins billigere Ausland oder aber die steuerlichen Gewinne im globalen Konkurrenzkampf durch Preisdumping zu verbrennen. Deshalb forderte die Mitgliederversammlung die SPD-Bundestagsfraktion mit einem Antrag auf, einer weiteren Senkung der Körperschaftssteuer nicht zuzustimmen. Auf keinen Fall dürfte eine Senkung der Körperschaftssteuer durch eine höhere Gewerbesteuerumlage gegenfinanziert werden. Die Kommunen sollten jährlich zusätzlich Finanzmittel von mindestens 10 Mrd. Euro erhalten.

Die Mitgliederversammlung beauftragte Roland Seemann mit einer Arbeitsgruppe Anträge für den Kreisparteitag zur Programmdebatte und zur Kapitalismuskritik zu formulieren, die im Ortsausschuss vorbereitet würden.

Als Delegierte für den SPD-Kreisparteitag in Sögel wurden nominiert: Bernhard Bloem, Hartmut Bugiel, Wilhelm Kröger, Hermann Hartkens, Roland Seemann, Waltraud Seemann, Klaus Stege, Thomas Witolla. Als Ersatzdelegierte wurden gewählt Alois Bamming, Marianne Buck, Oliver Jelken.

Die Mitgliederversammlung schlug dem SPD-Kreisparteitag einstimmig Peter Raske zur Wiederwahl als stellvertretender SPD-Kreisvorsitzender vor.

Papenburg

Kreisparteitag vorbereitet

Die Papenburger SPD hat den Kreisparteitag vorbereitet, der am 9. Juli in Sögel stattfindet. Peter Raske wurde erneut für das Amt des stellvertretenden Kreisvorsitzenden vorgeschlagen.

Ems-Zeitung 25.04.2005

Raske Kandidat

Papenburg. Auf ihrer Mitgliederversammlung bereitete die Papenburger SPD den Kreisparteitag am 9. Juli in Sögel vor. Die Kanalstädter schlagen dem SPD-Kreisparteitag einstimmig die Wiederwahl von Peter Raske zum stellvertretenden SPD-Kreisvorsitzenden vor. Die Papenburger Sozialdemokraten fordern zudem die SPD-Bundestagsfraktion mit einem Antrag auf, einer weiteren Senkung der Körperschaftssteuer nicht zuzustimmen.

Ems-Zeitung 27.04.2005

SPD und GRÜNE lassen sich von Bunte nicht unter Druck setzen

Nach Abschluss weiterer Gespräche mit der Verwaltung und der Firma Bunte zum Planungsgebiet Turmkanal und dem Ausbau des Deverparks, ergaben sich weitere ungeklärte Fragen.

Eine der offenen Fragen betraf die Verantwortlichkeit für die Investitionen am Turmkanal. War es die Firma Bunte oder eine Investmentgesellschaft, die verantwortlich für die Planung und Durchführung war? Manfred Wendt erklärte im Gespräch mit der Fraktion, dass es nicht die Firma Bunte war, die für die Investitionen auf dem Rieke-und-Meier-Gelände verantwortlich zeichnete, sondern Privatpersonen, die durch eine Investmentgesellschaft ihr Geld anlegen wollten. Sie wären gleichzeitig Gesellschafter der Firma Bunte.

Wenn jetzt von Manfred Wendt die Drohkulisse einer Haftung des Rates und seiner Mitglieder bei Entscheidungen zum Entwicklungsgebiet Turmkanal aufgebaut wurde, dann forderte die Fraktion ein Rechtsgutachten für eventuelle Haftungsfragen bevor weitere Entscheidungen getroffen würden.

Bevor nicht geklärt war, welche Folgen Entscheidungen der Ratsmitglieder hätten, ob sie persönlich zur Rechenschaft gezogen werden konnten oder ob es sich dabei nur um ein konstruiertes Druckmittel handelte, schnelle Entscheidungen für die Investmentgesellschaft am Turmkanal zu treffen, würden SPD-Ratsmitglieder an Abstimmungen über dieses Gebiet nicht teilnehmen.

Die Mitglieder der CDU-Fraktion mussten sich fragen lassen, ob ihre Entscheidungen noch glaubwürdig und nachvollziehbar waren, wenn sie diesem Druck folgten und ihre Entscheidung von der Rücktrittsdrohung ihres Fraktionsvorsitzenden abhängig machten.

SPD/Grüne: Bunte setzt Ratsleute unter Druck

STADTPOLITIK Geplantes Großprojekt am Papenburger Untenende weiter umstritten

Die Ratsfraktion boykottiert vorerst Entscheidungen zum Bauvorhaben. Sie fürchtet Regressforderungen.

VON GÜNTER RADTKE

PAPENBURG - Die Papenburger Stadtratsmitglieder von SPD und Grünen fühlen sich vom ortsansässigen Bauunternehmen Bunte unter Druck gesetzt und boykottieren deshalb vorerst alle Ratsentscheidungen, die das Untenender Städtebau-Projekt „Am Turmkanal" betreffen. Dort will die Firma Bunte 30 Millionen Euro investieren. Doch das Vorhaben droht zu platzen, weil den Investoren ein fest eingeplanter Verbrauchermarkt abgesprungen ist. Nun droht Bunte laut SPD und Grünen den einzelnen Ratsmitgliedern mit Regressforderungen.

Nach Angaben von Peter Raske, dem Sprecher der rot-grünen Papenburger Stadtratsfraktion, hat der geschäftsführende Gesellschafter der Bunte GmbH & Co. KG, Manfred Wendt, Haftungsansprüche gegen den Rat und seine Mitglieder in den Raum gestellt. Wendt baue eine „Drohkulisse" gegen den Stadrat auf.

Die Firma Bunte als Großinvestor beabsichtigt in Kooperation mit der Stadt das ehemalige Rieke-&-Meyer-Gelände am Untenende und angrenzende Flächen im Projekt „Am Turmkanal" zu bebauen. Wohnungen, ein Hotel, Büros sind dort geplant. Zugpferd sollte ein großer Kaufland-Verbrauchermarkt werden. Die Discount-Kette hat sich aber anders entschieden und will nun in das benachbarte Papenburger Deverpark-Zentrum ziehen.

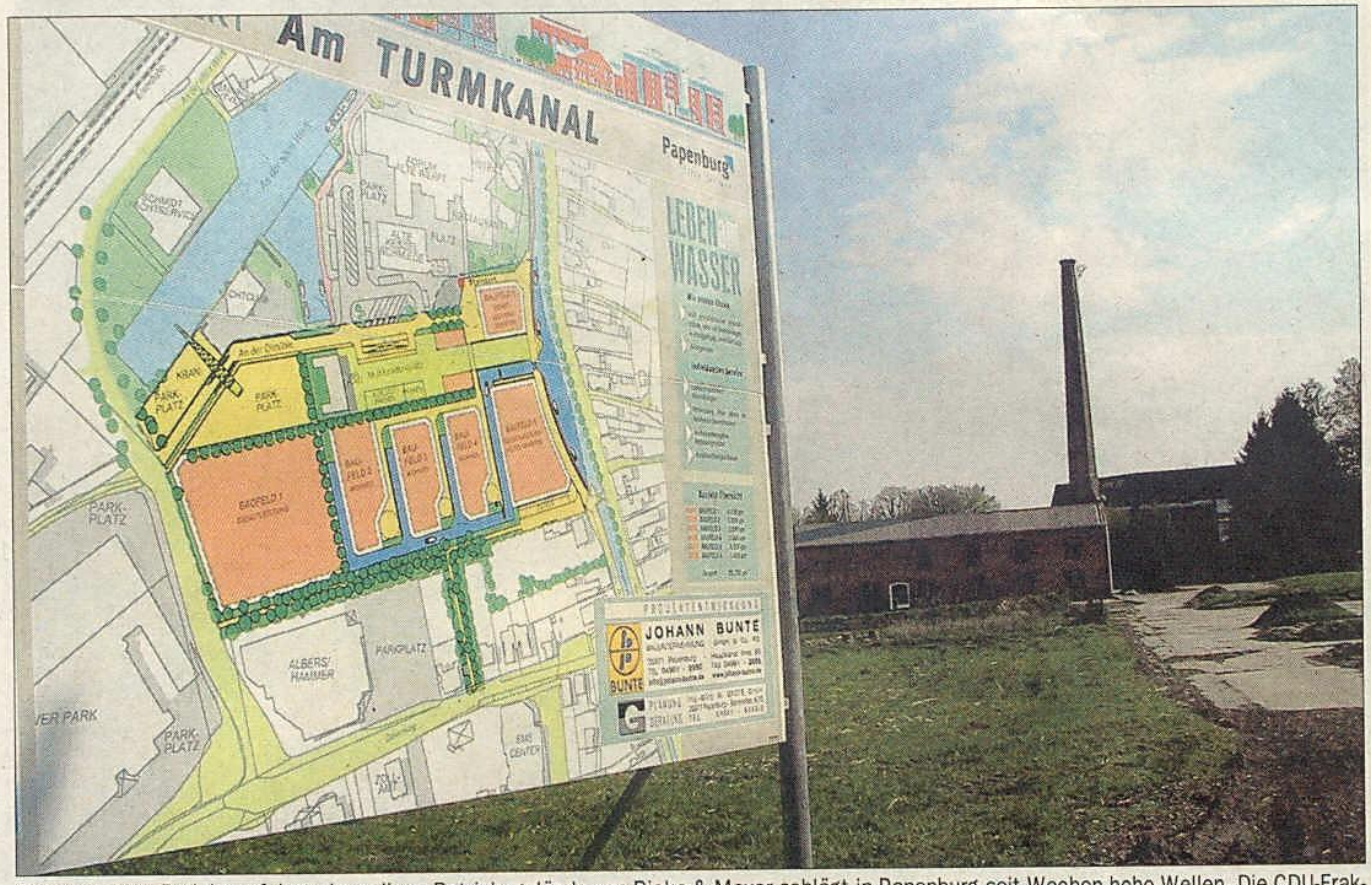
Bunte ist damit ein wertvoller Partner für die Verwirklichung des Gesamtkonzeptes verloren gegangen. Damit Kaufland sich tatsächlich im Deverpark ansiedeln kann, müsste die Stadt – und damit die Kommunalpolitik – noch einige baurechtliche Weichen stellen.

Hier könnte Bunte womöglich den Hebel ansetzen und auf den mit der Stadt abgeschlossenen Kooperationsvertrag pochen, um einen Kaufland-Einzug in den Deverpark zu verhindern.

Weil sich die Ratsmitglieder von SPD und Grünen jetzt von Bunte-Geschäftsführer Wendt unter Druck gesetzt fühlen, fordern sie von der Stadtverwaltung ein Rechtsgutachten über eventuelle Haftungsansprüche der Firma Bunte gegen den Stadtrat und dessen Mitglieder. Ehe das nicht vorliegt, wollen Sozialdemokraten und Grüne nicht mehr an Rats-Abstimmungen bezüglich „Am Turmkanal" und „Rieke & Meyer" teilnehmen.

Klaus Seifert, bei Bunte zuständig für Immobilien, erklärte auf GA-Anfrage, dass an den Vorwürfen der SPD nichts dran sei. „Wir üben keinen Druck auf die Kommunalpolitiker aus. Da sind Aussagen falsch interpretiert worden."

General Anzeiger 26.04.2005



Das ehrgeizige Projekt auf dem ehemaligen Betriebsgelände von Rieke & Meyer schlägt in Papenburg seit Wochen hohe Wellen. Die CDU-Fraktion im Stadtrat greift parteiintern inzwischen zu drakonischen Maßnahmen, damit das Vorhaben nicht weiter torpediert wird. BILD: RADTKE

Millionen-Projekt kostet Nerven

KOMMUNALPOLITIK Bei den Papenburger Christdemokraten fliegen die Fetzen

Das Städtebau-Vorhaben am Untenende spaltet das Parteilager. Die Fraktionsspitze duldet aber keine Abweichler.

VON GÜNTER RADTKE

PAPENBURG - Die CDU-Mehrheitsfraktion im Papenburger Stadtrat hat am Montag im Gezänk um die geplante Bebauung des ehemaligen Rieke-&-Meyer-Geländes zwei ihrer prominentesten Mitglieder gemaßregelt. Ursula Mersmann und Friedhelm Führs wurden laut Fraktions-Chef Bernd Tegeder mit „entschieden dunkelgelben Karten verwarnt". Sie hatten eine andere Meinung als ihre Fraktionskollegen vertreten.

Der Aschendorfer Friedhelm Führs und die Papenburgerin Ursula Mersmann hatten in der vergangenen Woche während einer Sitzung des städtischen Verwaltungsausschusses (VA) nicht die Meinung der übrigen fünf CDU-Mitglieder geteilt. Sie hatten dafür plädiert, dem Deverpark und nicht dem Großinvestor Bunte ein Parkplatz-Grundstück zu geben. Das erzürnte Fraktionschef Bernd Tegeder so sehr, dass er auf der Stelle seinen Rücktritt androhte.

Um den Frieden zu wahren, hatte Führs sich dann doch der Fraktionslinie angeschlossen. Mersmann war standhaft geblieben, hatte pro Deverpark votiert und das anschließend in der Zeitung noch begründet.

Am Montag gab es dafür die Quittung: Führs wurde wegen „mangelnder Bereitschaft zur Gemeinsamkeit im Verwaltungsausschuss" von seinen eigenen Mitstreitern aufgefordert, auf seinen Sitz in dem Gremium zu verzichten. Mersmanns öffentliche Erklärung wurde von der Fraktion missbilligt. Ihre Begründung für ihr Abstimmungsverhalten sei im Umkehrschluss ein Angriff gegen die eigene Fraktion, erklärte Bernd Tegeder.

„Da passieren Dinge, die ganz schlimm sind."

PETER RASKE

Auch sie sollte ihren Stuhl im VA räumen. Tegeder sagte gestern, der Fraktionsbeschluss vom Montag sei keine Abberufung aus dem Gremium, sondern eine Ermahnung.

Mersmann und Führs werden ihre Plätze im VA nun auch nicht hergeben, erklärten sie gestern auf Anfrage.

SPD-Ratsherr Peter Raske meinte gestern zu den Tumulten bei der CDU wegen der Rieke -&-Meyer-Bebauung: „Es passieren da Dinge, die ganz schlimm sind. Ursula Mersmann ist ihrem Gewissen und der Stadt verpflichtet, aber nicht ihrer Partei."

Deshalb sei es ihr gutes Recht, eine andere Meinung zu vertreten. Bei der CDU werde zurzeit ein enormer Druck ausgeübt, um es dem Großinvestor Bunte Recht zu machen.

Worum in Papenburg gestritten wird

Das ehemalige Betriebsgelände der Baustoffhandlung Rieke & Meyer am Papenburger Untenende soll endlich bebaut werden. Exklusive Wohnhäuser, Büros, ein Hotel und ein großes Kaufhaus sollen dort aus dem Boden gestampft werden. Kooperationspartner der Stadt ist dabei die ortsansässige Firma Bunte.

Bis zu 30 Millionen Euro will Bunte auf dem Gelände investieren. Das Unternehmen hatte sich die Verbrauchermarktkette Kaufland als potenziellen Pächter des neuen Kaufhauses gewünscht.

Die Deverpark-Betreiber Rudi und Jörg Evers schnappten Bunte jedoch die Kaufland–Filiale vor der Nase weg und wollen sie in ihrem Deverpark einquartieren. Die Familie Evers benötigt dazu aber noch zusätzlichen Parkraum zwischen Deverpark und Bahnlinie, den ehemaligen Brüggmann-Parkplatz. Der gehört der Stadt.

Familie Evers würde die Fläche pachten und die benötigten 300 Stellplätze dann auf eigene Kosten (450 000 Euro) bauen lassen. Die Deverpark-Betreiber wollen den Parkplatz auch der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen.

Die Firma Bunte reklamiert jenes städtische Grundstück jetzt jedoch als ein ihr im Kooperationsvertrag von der Stadt zugesichertes Areal. „Evers können den Parkplatz für Kaufland ja gerne bauen, aber bitte nicht auf unserem Grundstück", sagt die Bunte-Geschäftsführung.

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Papenburg hat in der vergangenen Woche beschlossen, dass weder Bunte noch Evers das umstrittene Grundstück bekommen. Stadtsprecher Josef Franke sagt: „Der Parkplatz ist Bestandteil der Planungen des öffentlichen Gesamtprojektes ‚Am Turmkanal'. Er gehört nicht zu den Bunte überlassenen Flächen."

Bunte-Geschäftsführer Manfred Wendt soll nun gegenüber SPD-Ratsmitgliedern Regressforderungen in den Raum gestellt haben. - ra

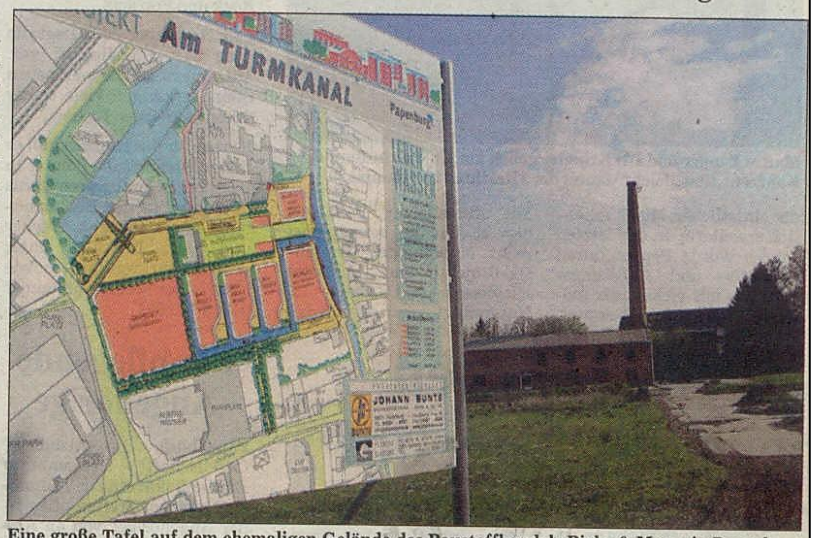
General Anzeiger 27.04.2005

„Druck auf Ratsmitglieder"

Rot-grüne Stadtratsfraktion boykottiert wegen Firma Bunte Abstimmungen

Von Günter Radtke

PAPENBURG. Die Papenburger Stadtratsmitglieder von SPD und Grünen fühlen sich vom ortsansässigen Bauunternehmen Bunte unter Druck gesetzt und boykottieren deshalb vorerst alle Ratsentscheidungen, die das Untenender Städtebau-Projekt „Am Turmkanal" betreffen. Dort will die Firma Bunte 30 Millionen Euro investieren. Doch das Vorhaben droht zu platzen, weil den Investoren ein fest eingeplanter Verbrauchermarkt abgesprungen ist. Nun droht Bunte laut SPD und Grünen den einzelnen Ratsmitglieden mit Regressforderungen.



Eine große Tafel auf dem ehemaligen Gelände des Baustoffhandels Rieke & Meyer in Papenburg weist auf das 30-Millionen-Euro-Projekt hin, um das derzeit heftig gestritten wird. Foto: Radtke

Nach Angaben von Peter Raske, dem Sprecher der rot-grünen Papenburger Stadtratsfraktion, hat der geschäftsführende Gesellschafter der Bunte GmbH & Co. KG, Manfred Wendt, Haftungsansprüche gegen den Rat und seine Mitglieder in den Raum gestellt. Wendt baue eine „Drohkulisse" gegen den Stadrat auf.

Die Firma Bunte als Großinvestor beabsichtigt in Kooperation mit der Stadt das ehemalige Rieke-&-Meyer-Gelände am Untenende und angrenzende Flächen im Projekt „Am Turmkanal" zu bebauen. Wohnungen, ein Hotel und Büros sind geplant. Zugpferd sollte ein großer Kaufland-Verbrauchermarkt werden. Die Discount-Kette hat sich aber anders entschieden und will nun in das benachbarte Papenburger Deverpark-Zentrum ziehen. Bunte ist damit ein wertvoller Partner für die Verwirklichung des Gesamtkonzeptes verloren gegangen. Damit Kaufland sich tatsächlich im Deverpark ansiedeln kann, müsste die Stadt – und damit die Kommunalpolitik – noch einige baurechtliche Weichen stellen.

Hier könnte Bunte womöglich den Hebel ansetzen und auf den mit der Stadt abgeschlossenen Kooperationsvertrag pochen, um einen Kaufland-Einzug in den Deverpark zu verhindern.

Weil sich die Ratsmitglieder von SPD und Grünen jetzt von Bunte-Geschäftsführer Wendt unter Druck gesetzt fühlen, fordern sie von der Stadtverwaltung ein Rechtsgutachten über eventuelle Haftungsansprüche der Firma Bunte gegen den Stadtrat und dessen Mitglieder. Ehe das nicht vorliegt, wollen Sozialdemokraten und Grüne nicht mehr an Rats-Abstimmungen bezüglich „Am Turmkanal" und „Rieke & Meyer" teilnehmen.

Klaus Seifert, bei Bunte zuständig für Immobilien, erklärte auf Anfrage, dass an den Vorwürfen der SPD nichts dran sei. „Wir üben keinen Druck auf die Kommunalpolitiker aus. Da sind Aussagen falsch interpretiert worden."

Von Haus zu Haus 27.04.2005

KOMMENTAR

STÄDTEBAU-PROJEKT

Angst

VON GÜNTER RADTKE

Dass die Papenburger CDU–Stadtratsfraktion ihre eigene Mitstreiterin Ursula Mersmann zum Rückzug aus dem städtischen Verwaltungsausschuss auffordert, ist ein kläglich gescheiterter Versuch, der Vize-Bürgermeisterin und stellvertretenden CDU-Kreisvorsitzenden einen Maulkorb zu verpassen.

Ein oberlehrerhaftes und peinliches Gebaren zudem.

Diejenigen, die diesen Demissionsversuch im Fraktionsvorstand der CDU eingefädelt haben, hatten die Hosen schon vorher gestrichen voll. Sie wissen nämlich, dass ihnen ein Rauswurf Ursula Mersmanns in Papenburg kaum jemand verzeihen würde. Mersmann und Führs aus diesem Wissen heraus per Beschluss die Verantwortung für das eigene Sein oder Nichtsein in dem Gremium zuzuschieben, das ist feige.

Wer oder was setzt die Papenburger CDU-Fraktion so unter Druck, dass sie sich zu solchen Maßregelungen eigener gestandener Leute hinreißen lässt?

Es ist das Gelände von Rieke & Meyer. Es ist der Vertrag mit der Firma Bunte. Es sind die 30 Millionen Euro, die Bunte dort verbauen will. Es ist die Angst vor möglichen Regressforderungen, wenn das Projekt scheitert, weil die Stadt den Vertrag nicht einhält.

Und es sind alte Papenburger Seilschaften. Die machen wieder Stadtpolitik – ohne Mandat. Das ist ein offenes Geheimnis.

General Anzeiger 27.04.2005

Millionen-Projekt geht an die Nerven

KOMMUNALPOLITIK Bei der Papenburger CDU fliegen wegen des Vorhabens „Am Turmkanal“ die Fetzen

Die geplante Bebauung des ehemaligen Betriebsgeländes der Baustoffhandlung Rieke & Meyer am Untenende spaltet das Parteilager. Die Fraktionsspitze duldet aber keine Abweichler.

VON GÜNTER RADTKE

PAPENBURG - Die CDU-Mehrheitsfraktion im Papenburger Stadtrat hat im Streit um die geplante Bebauung des ehemaligen Rieke-&-Meyer-Geländes (siehe Infokasten) zwei ihrer prominentesten Mitglieder gemaßregelt: Ursula Mersmann und Friedhelm Führs wurden laut Fraktions-Chef Bernd Tegeder mit „entschieden dunkelgelben Karten verwarnt“. Sie hatten eine andere Meinung als ihre Fraktionskollegen vertreten.

Der Aschendorfer Friedhelm Führs und die Papenburgerin Ursula Mersmann hatten in der vergangenen Woche während einer Sitzung des städtischen Verwaltungsausschusses (VA) nicht die Meinung der übrigen fünf CDU-Mitglieder geteilt. Sie hatten dafür plädiert, dem Deverpark und nicht dem Großinvestor Bunte ein Parkplatz-Grundstück zu geben. Das erzürnte Fraktionschef Bernd Tegeder so sehr, dass er auf der Stelle seinen Rücktritt androhte.

„Es passieren da Dinge, die ganz schlimm sind“

PETER RASKE

Um den Frieden zu wahren, hatte Führs sich dann doch der Fraktionslinie angeschlossen. Mersmann war standhaft geblieben, hatte pro Deverpark votiert und das anschließend in der Zeitung noch begründet.

Am Montag gab es dafür die Quittung: Führs wurde wegen „mangelnder Bereitschaft zur Gemeinsamkeit im Verwaltungsausschuss“ von seinen eigenen Mitstreitern aufgefordert, auf seinen Sitz in dem Gremium zu verzichten.

Das ehrgeizige Projekt auf dem ehemaligen Betriebsgelände von Rieke & Meyer schlägt in Papenburg seit Wochen hohe Wellen. Die CDU-Fraktion im Stadtrat greift parteiintern inzwischen zu drakonischen Maßnahmen, damit das Vorhaben nicht weiter torpediert wird. FOTO: RADTKE

Mersmanns öffentliche Erklärung wurde von der Fraktion missbilligt. Ihre Begründung für ihr Abstimmungsverhalten sei im Umkehrschluss ein Angriff gegen die eigene Fraktion, erklärte Bernd Tegeder. Auch sie sollte ihren Stuhl im VA räumen.

Tegeder sagte, der Fraktionsbeschluss vom Montag sei keine Abberufung aus dem Gremium, sondern eine Ermahnung. Mersmann und Führs werden ihre Plätze im VA nun auch nicht hergeben, erklärten sie auf Anfrage.

SPD-Ratsherr Peter Raske meinte zu den Tumulten bei der CDU wegen der Rieke -&-Meyer-Bebauung: „Es passieren da Dinge, die ganz schlimm sind. Ursula Mersmann ist ihrem Gewissen und der Stadt verpflichtet, aber nicht ihrer Partei.“

Deshalb sei es ihr gutes Recht, eine andere Meinung zu vertreten. Bei der CDU werde zurzeit ein enormer Druck ausgeübt, um es dem Großinvestor Bunte recht zu machen.

Ostfriesenzeitung 28.04.2005

STREITFALL

Das ehemalige Gelände der Baustoffhandlung Rieke & Meyer am Papenburger Untenende soll bebaut werden: Exklusive Wohnhäuser, Büros, ein Hotel und ein Kaufhaus sind dort geplant. Partner der Stadt ist die ortsansässige Firma Bunte. Bis zu 30 Millionen Euro will sie investieren. Das Unternehmen hatte sich die Verbrauchermarktkette Kaufland als potenziellen Pächter des neuen Kaufhauses gewünscht.

Die Deverpark-Betreiber Rudi und Jörg Evers schnappten Bunte jedoch die Kaufland-Filiale vor der Nase weg und wollen sie in ihrem Deverpark einquartieren. Die Familie Evers benötigt dafür zusätzlichen Parkraum zwischen Deverpark und Bahnlinie, den ehemaligen Brüggmann-Parkplatz. Der gehört der Stadt. Familie Evers würde die Fläche pachten und die 300 Stellplätze auf eigene Kosten (450 000 Euro) bauen lassen. Die Deverpark-Betreiber wollen den Parkplatz auch der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen.

Die Firma Bunte sagt, dass dieses städtische Grundstück ihr im Kooperationsvertrag von der Stadt zugesichert worden sei: „Evers können den Parkplatz für Kaufland ja gerne bauen, aber bitte nicht auf unserem Grundstück", so die Geschäftsführung von Bunte.

Der Verwaltungsausschuss des Stadtrates Papenburg, in dem die CDU die absolute Mehrheit hat, hat in der vergangenen Woche beschlossen, dass weder Bunte noch Evers das umstrittene Grundstück bekommen. Stadtsprecher Josef Franke sagt: „Der Parkplatz ist Bestandteil der Planungen des öffentlichen Gesamtprojektes ‚Am Turmkanal'. Er gehört nicht zu den Bunte überlassenen Flächen."

Bunte-Geschäftsführer Manfred Wendt soll nun in einem Gespräch mit SPD-Ratsmitgliedern Regressforderungen in den Raum gestellt haben.

Ostfriesen Zeitung 28.04.2005

EINE SPD-DELEGATION informierte sich im Weiterbildungszentrum BUKO im Papenburger Bahnhof über Probleme auf dem Arbeitsmarkt. An der Informationsaustausch nahmen Hartmut Bugiel, (von links), Bernd Bloem, Hans-Hubert Wübbold (VHS), Roland Seemann, Ulrike Zielfeldt (BUKO), Guntram Dubke (BUKO), Wolfgang Jüttner, Klaus Fleer und Peter Raske teil. Foto: Mammes

Dubke: Eltern bezahlen die Ausbildung ihrer Kinder

SPD-Delegation besuchte BUKO-Weiterbildungszentrum

Papenburg (ma) Über 200 Menschen werden zurzeit im Weiterbildungszentrum BUKO im ehemaligen Papenburger Bahnhofsgebäude auf ihre zukünftige berufliche Laufbahn vorbereitet.

Diese imposante Zahl hat BUKO-Leiter Guntram Dubke beim Besuch einer SPD-Delegation mit dem niedersächsischen Parteivorsitzenden Wolfgang Jüttner in Papenburg genannt. Dabei bringt dieser enorme Ansturm auch ganz praktische Probleme mit sich. „Es ist sehr schwer in der Nähe unserer Weiterbildungseinrichtung einen geeigneten Parkplatz zu finden", so Dubke.

Die 200 Teilnehmer werden von 15 fest angestellten Dozenten sowie weiteren Honorarkräften in Zeitspannen zwischen drei Monaten und zwei Jahren in der BUKO unterrichtet. Dabei bescheinigte er den Teilnehmern eine hohe Leistungsbereitschaft: „Die Menschen wollen lernen. Wir haben keine Motivationsprobleme."

SPD-Stadtratsmitglied Peter Raske wies auf die großen Nöte auf dem Ausbildungsmarkt hin: „Es herrscht ein großer Ausbildungsplatzmangel." Tatsächlich gibt es auch in der BUKO bereits Beispiele, wo Eltern monatliche Ausbildungskosten von 500 bis 600 Euro selbst tragen, damit ihr Kind überhaupt eine Ausbildung – zum Beispiel als Mediengestalter – erhält.

Die BUKO in Papenburg wird aus zahlreichen Töpfen finanziert. 70 Jugendliche werden über die Berufsvorbereitung unterrichtet. 53 Männer und Frauen werden im Rahmen von Hartz IV über die Landkreise qualifiziert und weitergebildet.

Ems-Zeitung 27.04.2005